

Liebe Nachbarn,
heute erhalten Sie den zweiten Newsletter der Bi in diesem Jahr.
Da es viel zu berichten gibt fangen wir am besten gleich an.

Nachdem wir Ihnen im Frühjahr darüber berichtet haben, dass offensichtlich bei uns die Kleingärten im Jahr 2015 und die Kastanienbäume Anfang 2017 auf Vorrat dem Erdboden gleich gemacht wurden, ging es mit der Baustelle im Frühsommer also „endlich“ los.



Viele von Ihnen ärgern sich von Anfang an über die Staubbelastung. Dies hätte man leicht mit Hilfe eines Wasserschlauchs verhindern können und es haben sich einige Nachbarn zu Recht auch beim Bezirksamt beschwert.

Von unserer Seite aus gab es u.a. Meldungen an das Umweltamt und das Landesamt für Arbeitsschutz. (Adressen für Beschwerden finden Sie am Schluss dieses Newsletters).

Zur Lärmbelästigung durch die Baustelle kommt nun auch noch Nachtarbeit hinzu. Diese muß sich aber grundsätzlich auf 2 Tage bzw Nächte *pro Woche* beschränken

und darf auch nicht an zwei aufeinander folgenden Nächten geschehen. Außerdem muß sie angekündigt werden.

Offensichtlich ist die Genehmigung für „unsere“ Baustelle jedoch so gummiartig formuliert worden, dass es nun bereits Anzeigen einiger Nachbarn wegen der nächtlichen Ruhestörungen gibt.

Im September wurde dann die Baustelle über den halben Henriettenplatz erweitert und wir haben genauso wie einige von Ihnen uns sofort an die zuständigen Stellen im Bezirk gewandt.

Gleichzeitig hörten wir von der Rattenplage am Henriettenplatz und davon, dass verschiedene Nachbarn und das Restaurant „Dos“ sich bis heute, teilweise mehrfach, vergeblich an das Bezirksamt gewandt haben.

Allein die Linke fragte das Ba (= Bezirksamt) nach der Rattenproblematik am Henriettenplatz, dies bisher jedoch auch ohne Antwort.

Unsere Post an die zuständigen Stadträte Schruoffeneger (Grüne) und Herz (CDU) wurde bis heute *nicht* beantwortet (Stand Ende Oktober). Allerdings erreichte uns kurz vor Versendung dieses Newsletters einen Antwort des für das Gesundheitsamt und damit die Rattenplage zuständigen Stadtrat Arne Herz (CDU). Er schreibt darin, er habe unmittelbar nach Erhalt unseres Schreibens das Gesundheitsamt angewiesen, sich den Henriettenplatz anzuschauen. Die Reaktion des Gesundheitsamtes sei folgende gewesen:

"

Am 13.09. 2018 erfolgte eine Besichtigung der Baustelle am Henriettenplatz. Dabei konnte aktuell kein Rattenbefall festgestellt werden. Auch an den uns bekannten, ehemaligen Befallsstellen des Geländes war am Tag der Begehung kein erneuter Befall feststellbar. Allerdings konnte das gesamte Gelände aus Sicherheitsgründen nicht besichtigt werden, da derzeit aktiv Bauarbeiten stattfinden. Es ist jedoch zu vermuten, dass aktuell kein Anlass für eine Bekämpfung von Ratten besteht, da der Baufortschritt als Maßnahme an sich Ratten vertreibt (Erschütterungen, Lärm usw.). Nach den Aussagen der dort tätigen Arbeiter, wurden keine "lebendigen" Ratten in letzter Zeit gesehen. Sollten bei den anstehenden "Kanalarbeiten" eventuelle Ratten zu sehen sein, werden sowohl das Gesundheitsamt als auch die Berliner Wasserbetriebe darüber in Kenntnis gesetzt (Letztere sind für die Bekämpfungsmaßnahmen zuständig, das Gesundheitsamt überwacht die Durchführung). "

Wir haben postwendend den Stadtrat darüber informiert, dass die Ratten vornehmlich im Grünpodest entlang der Westfälischen Straße hausen und um eine erneute Begehung des Gebietes gebeten.

Obwohl wir in der Frage der Erweiterung der Baustelle auch die Unterstützung der bezirklichen Schwerbehindertenvertretung auf unserer Seite haben, ist bisher nichts daran geändert worden, dass schwerbehinderte Menschen den Bahnhof und die Haltestellen nicht ohne zusätzliche Belastung (z.B. Umwege) erreichen können.

Der Henriettenplatz ist öffentliches Straßenland!

Der Bezirk bekommt für dessen Nutzung durch die Baustelle Einnahmen, insgesamt durch Baustellen im Bezirk allein in diesem Jahr bis Mitte Oktober in Höhe von 2,6 Millionen €.

Auch wenn nicht jede Baustelle im Bezirk zu einer Belastung der Anwohner wie bei uns führt: Am Henriettenplatz erzielt der Bezirk durch die sogenannte „Sondernutzungsgebühr für Baustelleneinrichtungen“ Einnahmen auch auf dem Rücken von Schwerbehinderten!



Da beide erwähnten Stadträte unser Schreiben zu diesem Problem vom 11. September bis jetzt unbeantwortet ließen, haben wir uns nun an die Fraktionen in der

Bezirksverordnetenversammlung (=BVV) unseres Bezirks gewandt und auch die Presse informiert. Von der CDU Fraktionsvorsitzenden erhielten wir postwendend die Antwort, sie wolle die Stadträte auf beide Probleme ansprechen.

Wir hoffen weiterhin, dass die Baustelle, die sich über ein 7.000 qm großes Grundstück erstreckt, sich am Henriettenplatz um 3-5 Meter zurückzieht bzw vom Bezirk dazu gezwungen wird, um wieder einen barrierefreien Zugang zu den Haltestellen und zum Bahnhof zu ermöglichen. Dieser kleine Rückzug sollte bei einer Baustelle dieser Größe ohne Probleme möglich sein und wir erwarten vom Bezirk, dies durchzusetzen.

Davon abgesehen halten wir es für ein Unding, daß auf der einen Seite dazu aufgefordert wird, Menschen sollten sich engagieren und andererseits Schreiben von Bürgerinitiativen traditionell vom Bezirksamt nicht beantwortet werden. Das war schon unter dem letzten Baustadtrat von der SPD so, und wird jetzt auch von seinem grünen Nachfolger fortgesetzt. Das zeigt nicht gerade den Respekt vor bürgerschaftlichen Engagement!

Die Fraktion der Linken hat kurz nach der letzten Berliner Wahl die Bürgerinitiativen im Bezirk zu einem sogenannten *Ini-Gipfel* eingeladen. Dieser fand seitdem ungefähr alle zwei Monate statt und auch wir haben uns daran als Bürgerinitiative durchgehend beteiligt. Wir haben uns bisher

bei diesem Ini-Gipfel hauptsächlich darum gekümmert, wo auf der Ebene der BVV die Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement verbessert werden könnten.

Ein Beispiel ist die vor jeder monatlichen BVV stattfindende Bürgerfragestunde, in der jeder Bürger des Bezirks Fragen an das Ba stellen kann. Die Möglichkeiten dieser Bürgerfragestunde sind in den letzten Jahren jedoch immer weiter eingeschränkt worden. Begründung: die BVV würde sonst ihr monatliches Pensum nicht schaffen. Ursprünglich konnte man eine theoretisch unbegrenzte Zahl von Fragen einreichen, dann wurde dies auf fünf Fragen eingegrenzt. Seit letztem Jahr sind nur noch drei Fragen erlaubt.

Wir haben zu diesem und anderen Themen im Ini-Gipfel einen Forderungskatalog aufgestellt, der am kommenden Freitag, 2.11. 2018 Gertrud- Bäumer -Saal ab 16:00 Uhr, Rathaus Charlottenburg, im Geschäftsordnungsausschuss der BVV den Fraktionen zur Diskussion vorliegt.

Der Ausschuss ist öffentlich und wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns dabei unterstützen würden, der Demokratie im Bezirk etwas mehr Biss zu geben.

Dieser Ini-Gipfel der Linken wird nur von der Linken Fraktion veranstaltet, nicht jedoch inhaltlich beeinflusst. Jeder der Teilnehmer aus den verschiedenen Initiativen im Bezirk lobt zu Recht die neutrale Art, wie die Linke im Rahmen des Ini-Gipfels versucht, die Bürgerinitiativen im Bezirk in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Anlässlich der Bürgerfragestunde in der September BVV fragte die Vorsitzende der Wählergemeinschaft Aktive Bürger das Bezirksamt nach den zwei Parkscheinautomaten in der Westfälischen Straße,

Diese zwei Automaten wurden in der Westfälischen Straße 2010 aufgestellt, obwohl es 2006 ein *erfolgreiches* Bürgerbegehren *gegen* die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung im Bezirk gab. Was allerdings fehlt ist ein Schild mit der Aufschrift „Parkraumbewirtschaftung“, ansonsten zahlt in den gekennzeichneten Zonen aber jeder parkende Autofahrer wie in den bewirtschafteten Zonen.

Man kann der Parkraumbewirtschaftung gegenüber stehen, wie man will. es bleibt jedoch eine Tatsache, dass es dieses *erfolgreiche* Bürgerbegehren gab, das auch heute noch für den Bezirk nicht nur politisch, sondern auch rechtlich *bindend* ist.

Allein der Parkscheinautomat vor der Westfälischen Straße 50a hat bisher Einnahmen von 82.000€ generiert. Und Anwohner sind zwar verpflichtet, in den gekennzeichneten Zonen zu bezahlen, können aber nicht wie Anwohner der Parkraumbewirtschaftungszonen einen Anwohnerparkausweis bekommen.

Die Anwohner sind also *schlechter* gestellt als die Bürger, die in Parkraumbewirtschaftungszonen wohnen.

Eine Lösung des Problems ist nicht einfach, denn bisherige Versuche, den Parkverkehr in der Westfälischen Straße in den Griff zu bekommen, sind gescheitert.

Das darf aber kein Grund sein die Anwohner schlechter zu stellen als woanders in der Stadt und durch die Hintertür das Bürgerbegehren von 2006 außer Kraft zu setzen. Eine Entfernung der Automaten würde die betroffenen Anwohner auf jeden Fall besser behandeln als die derzeitige Lösung.

Und ob das ignorieren eines gültigen Bürgerbegehrens das Demokratievertrauen unter den Betroffenen stärkt bezweifeln wir!

(die Frage und Beantwortung zu den Parkscheinautomaten finden Sie am Ende dieses Newsletter)

Seit über einem Jahr hat sich im Rathaus unter unserer Beteiligung der Workshop zur Neugestaltung des Henriettenplatzes getroffen. Zum Workshop gehören neben uns als Vertretern der Anwohner natürlich der Investor, das Bezirksamt (Ba), die BVG und jetzt u.a. auch der Senat. Unsere Bürgerinitiative ist laut städtebaulichem Vertrag mit dem Investor daran zu beteiligen.

Es würde gegen die üblichen Gepflogenheiten eines solchen Workshops verstoßen, wenn wir an dieser Stelle auf Einzelheiten aus dem Workshopverfahren eingehen.

Wir können Ihnen jedoch versichern, dass wir einem Abriss der Kolonnaden oder der Kioske am Henriettenplatz nicht zustimmen werden. Genauso wenig werden wir der Schließung der Georg-Wilhelm-Straße zum Kurfürstendamm, und damit der Verlagerung des Verkehrs in die Ringbahn-, Lützen-, Heilbronner, Katharinen-, Karlsruher- und Joachim-Friedrich-Straße, unsere Zustimmung erteilen. Aldi, Fressnapf und Getränke Hoffmann werden kaum weniger Kunden haben, wenn die Georg-Wilhelm-Straße zum Kurfürstendamm geschlossen wird. Das für diesen Bereich vor 15 Jahren erstellte Verkehrsgutachten sagte schon damals, dass für diese Straßen kein weiterer Verkehr in Frage kommt.



Die angeblich schlechte Aufenthaltsqualität auf dem Henriettenplatz ist erst in die Diskussion gebracht worden, seit es einen Investor für das Grundstück gab. Davor hat sich im Bezirk kaum jemand dafür interessiert, die Pflege des kleinen Spielplatzes entlang der S-Bahn wurde nach der Wahl 2006 vom Ba eingestellt. Wenn wir jetzt bei der Planung der Neugestaltung des Henriettenplatzes von Aufenthaltsqualität sprechen, dann sprechen wir aus

unsrer Sicht zunächst davon, die schlimmsten Auswirkungen des Neubaus nicht vermeiden zu können. denn der Platz lebte seit 1987 vor allem davon lichtdurchflutet und sonnig zu sein. Das wird nach Fertigstellung des Geschäftsgebäudes nicht mehr der Falls ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass es wieder Spielmöglichkeiten für Kinder gibt und trotz zukünftiger Verschattung des Platzes Menschen jeden Alters sich auf dem Henriettenplatz wohl fühlen können. Mooswände könnten unserer Ansicht nach für bessere Luft sorgen, die Grünanlagen sollten nach Bauende nicht plötzlich verschwunden, sondern schöner als vorher sein. Vor über einem halben Jahr kam zum Workshop die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung dazu und jetzt wird der gesamte Platz, also die südliche wie nördliche Seite des Ku'damm, in die Überlegungen mit einbezogen.

Wir haben nicht immer einen leichten Stand in diesem Workshop, halten es aber grundsätzlich für richtig, den Platz als Ganzes im Auge zu haben.

Was uns manchmal irritiert ist, das es Beteiligte gibt, die sich als Experten aufführen, obwohl sie keine direkten Anlieger sind und wie wir täglich den Henriettenplatz erleben. Genau wie Vertreter der Senatsverwaltung nur theoretische Experten für den Henriettenplatz sind, so gilt dies auch für Beteiligte, die z.B. im Bereich Paulsborner Straße wohnen.

Abschließend zum Workshop: wir bedauern, das es den kleinen Rathausfraktionen von FDP und Linksfraktion nicht ermöglicht wurde, an den Ausschusssitzungen teilzunehmen, und erwarten,

das das Ergebnis am Schluss des Verfahrens für alle Betroffenen in einer Anwohnerversammlung zur Diskussion gestellt wird.

Weitere Infos finden Sie wie immer in den nächsten Tagen auf unserer Homepage oder der Facebookseite der Bi Henriettenplatz.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns weiterhin unterstützen

Kommen Sie gut und gesund durch die dunkle Jahreszeit

Im Namen der Bi Henriettenplatz

Heinz Murken

Bürgerfrage von Christine Wußmann-Nergiz, Aktive Bürger, zu Parkscheinautomaten in der Westfälischen Straße

1. Seit wann und zu welchem Zweck steht vor dem Wohnhaus Westfälische Straße 50a ein Parkscheinautomat (Standort - Nr 601)?
2. Ist dem Bezirksamt bekannt, dass es 2006 ein erfolgreiches Bürgerbegehren gegen (!) die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung im Bezirk gab, die auch diesen Standort betroffen hätte?
3. Was hat der Kauf und Betrieb dieses Parkscheinautomaten inkl Aufstellung, Wartung und eventuelle Reparaturen bisher gekostet und wieviel Einnahmen wurden, dem erfolgreichen Bürgerbegehren zuwider handelnd, an dieser Stelle generiert?

Antwort vom zuständigen Stadtrat Herz, CDU:

„Die Kurzparkzonen waren schon immer in der Westfälischen vorhanden, die Parkscheibenregelung wurde jedoch dauerhaft von vielen Verkehrsteilnehmern missachtet und es wurde dauerhaft geparkt. Das Mittel der Parkscheinautomaten wurde im Juli 2010 angeordnet.

Das Mittel der Parkraumbewirtschaftung wurde durch einen Bürgerentscheid im Jahr 2006 mit 86:9% abgelehnt. Dem fühlt sich das Ba weiterhin verpflichtet. Eine Ausweitung im weitesten Sinn liegt hier also folglich nicht vor.

Der Parkscheinautomat an der Westfälischen Strasse 50a wurde am 20.7.2010 aus Lagerbeständen aufgestellt und kostete 2325€ plus 19% Umsatzsteuer. Für den Aufbau wurden 647€ fällig.

Am 2.8.2017 (oder 2015=Akustukproblem) wurde der Automat erneuert, Kosten 2575+Umsatzsteuer, Betriebskosten 268€. Zwischen August 2010 und 2018 erzielte dieser Automat Einnahmen von 82.289€,

Nachfrage von Christine Wussmann:

„Wann gedenkt das Ba diese Automaten wieder abzubauen damit Autofahrer und Kunden des Einzelhandels in der Westfälischen Straße nicht weiter irritiert werden und können Sie erklären, warum Mitarbeiter des Ba gegenüber einer Anwohnerin in Halensee die Auffassung vertraten, die Westfälische Straße unterliege der Parkraumbewirtschaftung, die Seesener Straße jedoch nicht und deswegen bekäme die Anwohnerin der Seesener Straße auch keinen Anwohnerparkausweis?“

Antwort:

„Das kann ich Ihnen schwer erklären, weil ich nicht dabei war, aber um es klar zu stellen, es ist völlig klar, dass in der Seesener freies Parken erlaubt ist, wo es erlaubt ist und das es in der Westfälischen keine klassische Parkraumbewirtschaftungszone gibt, sondern schlicht und einfach das Kurzzeitparken, wie ich es ausgeführt habe und dies nicht mit dem Mittel der Parkscheibe ausgedrückt wird, sondern eben durch einen Parkscheinautomaten.

Ehrlicherweise müssten wir tiefer in den Vorgang einsteigen, da es vor unser beider Zeit in der jeweiligen Verantwortung für die Strassenverkehrsbehörde war (gemeint sind die jetzigen Stadträte, damals verantwortlich war Frau Schmiedhofer, Grüne verantwortlich) um erklären zu können, wie die Historie war und warum man ...

Zum nachgefragten Abbau: könnte ich Ihnen weder versprechen das wir es nicht tun, noch andersrum, aber so wie ich es geschildert habe gab es damals offensichtlich gute Gründe, die müssten jetzt weggefallen sein, um zu überlegen, den Automaten abzubauen. Ich mag es mir ehrlicherweise, auch wenn ich da nicht täglich bin, nicht wirklich vorstellen, dass es da eine andere Situation gibt um es ganz vorsichtig auszudrücken, aber im Zweifelsfall wird es überprüft werden können. Wie gesagt, ich glaube, die Einschätzung wird da keine andere sein.

Adressen für Beschwerden wegen der Baustelle:

Für Anzeigen und Beschwerden im Zusammenhang mit dem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Kraftstoff) bzw. Bodenkontaminationen ist das Umwelt- und Naturschutzamt der richtige Adressat, führt Erstermittlungen durch und klärt Zuständigkeiten. Wichtig ist die Benennung von Tatzeugen, der konkrete Tatort und eine kurze Schilderung des Tatherganges.

Anzeigen und Beschwerden können telefonisch (9029 18801), per E-Mail (umweltamt@charlottenburg-wilmersdorf.de) oder schriftlich (Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, Umwelt- und Naturschutzamt, 10617 Berlin) bzw. per Fax (9029-18848) an das Bezirksamtgerichtet werden. Anzeigen können aber auch bei der "Umweltkripo", LKA 32, Tel. 4664 933633 erstattet werden.

für die **Erweiterung der Baustelle** auf den Henriettenplatz ist der Stadtrat für Bauen, Umwelt und Stadtplanung zuständig:

Bezirksstadtrat Oliver Schruoffeneger

Büro des Stadtrates:

Tel (030) 9029-12001

Email:schruoffeneger@charlottenburg-wilmersdorf.de

für die **Staubbelastung** und nächtliche Ruhestörungen ist unserer Ansicht nach zunächst das Ordnungsamt zuständig, 9029-29000 täglich von 06.30 - 21.30 Uhr
nach Dienstschluss des Ordnungsamtes auch die Polizei
Abschnitte 26 Telefon 4664226700